Stadt Schwerte
Der Bürgermeister

Drucksache-Nr.:	X/1261
Datum:	04.03.2025
Status:	öffentlich
Mitzeichnung Kämmerei:	Nicht erforderlich
Freigabedatum:	10.03.2025

Amt/Az:
Sozialamt / 50.3

Sitzungsvorlage

für die Beratung im:

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Status	Zuständigkeit
Rat	09.04.2025	öffentlich	Entscheidung

Betreff

Inanspruchnahme der Opt-Out Regelung nach § 4 Abs. 1 der Bezahlkartenverordnung NRW-BKV NRW

Produkte

05.02.02 Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Schwerte nimmt die Möglichkeit der Opt-Out Regelung nach § 4 Abs. 1 der Bezahlkartenverordnung NRW-BKV NRW in Anspruch, so dass Leistungen nach dem AsylbLG im Regelfall nicht in Form der Bezahlkarte erbracht werden.

In Vertretung

gez. Yildiz

Sachdarstellung:

Am 16.05.2024 ist eine Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes in Kraft getreten, die die Abwicklung der Leistungserbringung über eine Bezahlkarte als Möglichkeit vorsieht. Ziel ist es, mit der Einführung der Bezahlkarte die Zuwanderungszahlen zu verringern, Leistungsmissbrauch zu verhindern und eine Verwaltungsvereinfachung durchzuführen.

Die Regelung der Nutzungsweise der Bezahlkarte ist Ländersache. Im Dezember 2024 wurden im Landtag NRW mehrheitlich eine Änderung des Ausführungsgesetzes des Asylbewerberleistungsgesetzes als auch die landesweit geltende Rechtsverordnung beschlossen (siehe Anlagen). Diese ist am 07.01.2025 in Kraft getreten und ermöglicht in § 4 Absatz 1 eine sogenannte Opt-Out-Regelung, also dass Gemeinden und Gemeindeverbände nicht die Bezahlkarte als Regelfall für eine Leistungserbringung anwenden.

Der Roll-Out in den Landeseinrichtungen hat bereits im Januar 2025 begonnen. Ab April 2025 ist damit zu rechnen, dass die Stadt Schwerte die ersten zugewiesenen Geflüchteten mit einer Bezahlkarte erreichen werden.

Am 16.01.2025 fand eine digitale Informationsveranstaltung des zuständigen Ministeriums für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen (MKJFGFI) statt, an der seitens der Verwaltung der Stadt Schwerte Christiane Klanke und Maverick Bork aus dem Sozialamt teilgenommen haben. Diese Veranstaltung gab grundsätzliche Informationen und bot die Möglichkeit, Fachfragen aus der Praxis zu stellen.

Neben bis heute wesentlichen ungeklärten Fragen zur fachpraktischen Anwendung, einer Beurteilung des Mitteleinsatzes und der Wahl des Mittels im Hinblick auf die Integration der Geflüchteten vor Ort in den Kommunen, ist der Grad der Zielerreichung, der mit der Einführung der Bezahlkarte (Socialcard) seitens des Gesetzgebers verbunden wird, objektiv zu hinterfragen und eine Kosten-Nutzen-Abwägung durchzuführen.

1. Fachpraktische Anwendung und Verwaltungsvereinfachung

Es ist festzustellen, dass mit Einführung der SocialCard in Schwerte zukünftig zwei Fachverfahren parallel zur Anwendung kommen werden. Die Einrichtung von Software-Schnittstellen um eine Doppeleingabe von Daten in der Leistungssachbearbeitung zu vermeiden ist aktuell in Prüfung (Fachanwendung Asylbewerberleistungen und Fachanwendung Bezahlkartendienstleister). Die Kosten für die Software und die (physischen oder virtuellen) Karten des Bezahlkartendienstleisters werden nach Abschluss entsprechender Vereinbarungen auf Antrag der Kommune vom Land erstattet. Zusätzlicher Personalaufwand wird nicht übernommen.

Der Einsatz der Karten ist überall dort möglich, wo „VISA“ als Zahlungsmittel akzeptiert wird – dabei sind die Karten optisch nicht von „normalen“ VISA-Karten zu unterscheiden.

Eine Abfrage des eigenen Kontenstands ist für die Karteninhaber*innen online möglich, die erforderliche APP wird mehrsprachig zur Verfügung gestellt (u.a. [Bezahlkarte | Chancen NRW](#)).

Überweisungen sind mit der Socialcard Stand heute noch nicht möglich, die grundsätzliche Funktion soll zum 01.04.2025 vorhanden sein. Die Teilnahme an Lastschriftverfahren (Sozialticket, Handyverträge, Mietverträge etc.) ist nicht vorgesehen. Die Erstattung von Guthaben oder „Einzahlung“ auf die Socialcard ist ebenfalls nicht möglich, da die jeweilige virtuelle IBAN nur den leistenden Behörden bekannt sein soll und auch nur die Leistungsbehörden diese nutzen dürfen.

In Bezug auf die Berücksichtigung von Zahlungsempfängern besteht die Möglichkeit, verschiedene Verfahren zur Anwendung zu bringen: „Whitelist“ bzw. „Blacklist“-Verfahren. Das „Whitelist“-Verfahren erfordert die Einzelerfassung nach Antrag der Karteninhaber*innen sämtlicher von dem jeweiligen Karteninhaber gewünschten Zahlungsempfängern, Prüfung, Entscheidung und Freischaltung im System. Bei dem „Blacklist“-Verfahren sind alle Überweisungen frei und nur diejenigen Zahlungsempfänger gesperrt, die im Hinblick auf den konkreten Wortlaut der Verordnung unzulässig wären. Bei beiden Verfahren sind Prüfung, Entscheidung und Datenerfassung durch die Sachbearbeitung zu erledigen, wobei ermessenslenkende Weisungen oder andere rechtliche Grundlagen nicht vorhanden sind. Bei Familien/Partnerschaften besteht die Möglichkeit, mittels Vollmacht „Partnerkarten“ anzulegen, damit Zahlungen gebündelt erfolgen können.

Für jede Person besteht ein Anspruch auf 50 € Barbetrag pro Monat. Die Auszahlung des Barbetrags ist gebührenpflichtig, die Gebühren trägt der/die Karteninhaber*in. Sofern ein erhöhter Bedarf an Barmitteln besteht, ist dieser durch den/die Karteninhaber*in zu beantragen und durch die Verwaltung über den Antrag zu entscheiden (Verwaltungsakt). Ermessenslenkende Weisungen oder andere rechtliche Grundlagen sind nicht vorhanden.

Nach Einschätzung der Verwaltung wäre die Einführung der Bezahlkarte (Socialcard) mit einem nicht nur geringfügig erhöhten Personalaufwand verbunden. Eine Verwaltungsvereinfachung ist aktuell nicht erkennbar.

2. Integration von Geflüchteten, Bedarfsdeckung

In Schwerte erhalten die meisten Geflüchteten ihre Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz als Überweisung auf ein Girokonto. Die ersten (begleiteten) Schritte nach Ankunft beinhalten die Einrichtung eines Girokontos, da nur mit der Möglichkeit der vollständigen Teilnahme am unbaren Zahlungsverkehr (Überweisungen, Lastschriften, Bargeldabhebungen) auf Dauer eine Verselbstständigung und Integration möglich ist.

Weiterhin erfolgt unter Berücksichtigung des vorhandenen Angebotes eine zügige Vermittlung von Geflüchteten in den privaten Wohnungsmarkt (Daueraufträge Energie etc.).

Eine Scheckauszahlung oder eine Auszahlung in Gutscheinform wird nur in begründeten Ausnahmefällen bzw. dann genutzt, wenn aufgrund individueller Umstände kein Konto eingerichtet werden kann. Der Barbetrag in Höhe von 50 € (§ 5 Absatz 1 BKV NRW), der allen Leistungsberechtigten „ermöglicht“ werden soll, ist aus der Praxis heraus als unzureichend zu beurteilen und hat Ausgrenzung sowie schwere Hemmnisse bei der Integration zur Folge.

Insbesondere das soziokulturelle Existenzminimum, hier die Mobilität und die digitale Kommunikation, sind mit 50 € Barbetrag im Monat je Leistungsberechtigtem nicht gewährleistet. Allein das Sozialticket im Kreis Unna kostet 21,70 € - 48 € monatlich, was spätestens dann zum Tragen kommt, wenn es um die Teilnahme bzw. Anreise an und zu Sprach- und Integrationskursen oder auch zur Arbeitsstätte (insbesondere bei Arbeitsaufnahme) geht. Telekommunikation, Internet etc. verursachen unterschiedliche Beträge je nach Nutzungsintensität. Die Zuzahlung bei frei verkäuflichen Medikamenten in Apotheken, sofern nicht der Arzt aufgesucht werden muss um Rezepte zu verschreibungspflichtigen Medikamenten auszustellen, würde ebenfalls über den Barbetrag abgedeckt werden müssen – gleiches gilt für das „Milchgeld“ oder „Kopiergeld“ in der Schule.

Das Einkaufen von Lebensmitteln ist mit 50 € Barbetrag je Leistungsberechtigtem nur eingeschränkt möglich und beeinträchtigt den Wettbewerb vor Ort: bestimmte große Lebensmittelhändler, aber auch kleine familiengeführte Unternehmen und Fachhändler hier im Umkreis, arbeiten grundsätzlich nur noch mit dem Lastschriftverfahren bzw. nicht mit VISA zusammen und scheiden dann als Anbieter aus. Asylbewerber*innen, die wie Bürgergeldempfänger*innen, auf kostengünstige Angebote insbesondere der Tafel oder von Sozialkaufhäusern angewiesen sind, können diese nicht mehr oder nur noch sehr eingeschränkt nutzen. Insbesondere Sozialkaufhäuser bieten regelmäßig kein Visakartensystem für eine Bezahlung an. Die örtliche Bindung der Karte an den Wohnort führt zudem dazu, dass bspw. Sozialkaufhäuser oder auch Trödelmärkte in benachbarten Kommunen nicht mehr oder unter sehr großer Erschwernis (siehe unter 1. Regelungen/Verfahren zur Erhöhung Barbetrag) aufgesucht werden können. Stand heute wäre aus Sicht der Verwaltung die Führung eines (nicht kostenlosen) Girokontos parallel zur Socialcard unumgänglich, um Geflüchteten Teilhabe zu ermöglichen.

Insgesamt ist bereits jetzt absehbar, dass mit der Opt-out-Regelung in NRW ein Flickenteppich entstehen wird.

Auch für die Stadt Schwerte als dem Kreis Unna angehörigen Kommune ist es von Interesse, wie sich die Nachbarkommunen aufstellen und das eine möglichst einheitliche Entscheidung getroffen wird. So arbeiten im Kreis Unna die weit überwiegende Mehrzahl der Kommunen im Rahmen von IKZ mit derselben Software (Open Prosoz, Kopfstelle bei der Stadt Lünen). Durch den Kreis Unna, Fachbereich Arbeit und Soziales, werden Richtlinien aufgelegt und sind anzuwenden (z.B. „Einmalige Bedarfe“ und „Kosten der Unterkunft“). Gleiches gilt für die UpdateCard (Bildung und Teilhabe) sowie die Regelungen für das Sozialticket. In der Sitzung des Rates der Stadt Schwerte am 19.06.2024 wurde bereits ein Antrag des fraktionslosen Ratsmitgliedes Peter Weyers zur Diskussion gestellt, die

Bezahlkarte in Schwerte nicht einzuführen. Nach Diskussion im Rat wurde, trotz Äußerungen rechtlicher Bedenken aus dem Verwaltungsvorstand u.a. zur bis dato fehlenden Zuständigkeit des Rates, mehrheitlich der Beschluss gefasst, den Kreis Unna zu bitten von einer Einführung der Bezahlkarte abzusehen, sofern diese Entscheidung in der eigenen Entscheidungskompetenz des Kreises Unna läge.

Aus diesem Beschluss und aus der Begründung im Diskussionsverlauf während der Ratssitzung ist abzuleiten, dass eine Einführung der Bezahlkarte in Schwerte durch den Rat mehrheitlich nicht gewollt ist.

Die Opt-Out - Regelung nach § 4 Absatz 1 BKV NRW kann jederzeit durch die Kommune beschlossen werden. Der Beschluss wirkt auf den Tag des Inkrafttretens dieser Verordnung zurück, es sei denn, er wird nur mit Wirkung für die Zukunft gefasst (vgl. § 4 Absatz 2 BKV NRW).

Soweit aktuell eine Ratsentscheidung dazu getroffen wird, besteht aber auch zukünftig die Möglichkeit, diese Entscheidung durch Ratsbeschluss zu ändern.

Aufgrund der Übergangsregelung des § 8 BKV NRW ist eine Leistungserbringung in der bisherigen Form - also eben nicht als Bezahlkarte - nur bis zum 31.12.2025 zulässig. Dementsprechend müsste die Anwendung der Opt-Out-Regelung vor diesem Datum erfolgen. Vorgesehener Starttermin für die Kommunen ist der 01.04.2025 für alle neu ankommenden, zugewiesenen Geflüchteten.

Hierzu erfolgte seitens des Ministeriums in der Informationsveranstaltung am 16.01.2025 auf Nachfrage der Hinweis, dass Beschlüsse gegen die Einführung der Bezahlkarte vor in Kraft treten der landesweit geltenden Rechtsverordnung wiederholt werden sollten, um Wirksamkeit zu entfalten (Rechtswidrigkeit aufgrund bis dato fehlender Landesregelung).

Rechtliche Beurteilung:

§ 4 Absatz 1 BKV NRW i.V.m. Art. 1 Absatz 3 2. AG AsylbLG i.V.m. § 3 Absätze 2 und 3 AsylbLG

Finanzielle und haushaltsmäßige Auswirkungen einschließlich Folgekosten:

./.

☐ Investition				
Haushaltsjahr				
Einzahlungen				
Auszahlungen				
Nettoinvestition (Kreditfinanzierung)				
Nutzungsdauer in Jahren				

☐ Aufwand/ Ertrag				
Haushaltsjahr				
Ertrag				
Aufwand				
Ent-/ Belastung				

In obigen Beträgen enthalten	ja	nein
Aufwand Betriebsaufnahme	☐	☐
lfd. Betriebsaufwand	☐	☐
Haushaltsmittel	Üpl. A	Apl. A

Gleichstellungsbelange:

Gleichstellungsbelange werden nicht berührt.

Auswirkungen auf Klimaschutz und Klimaanpassung:

☐ Ja, positiv	☐ Ja, negativ	☒ Keine Auswirkungen
--------------------------------------	--------------------------------------	--

Inklusion:

Inklusionsbelange bezogen auf Einschränkungen in den Bereichen

- Beweglichkeit
- Sehen
- Hören
- Denken
- Fühlen

- werden nicht berührt
- wurden berücksichtigt
- wurden nicht berücksichtigt, weil

Anlagen:

1. Verordnung zur flächendeckenden Einführung einer Bezahlkarte im Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) (Bezahlkartenverordnung NRW-BKV NRW)
2. 2. Gesetz zur Ausführung des Asylbewerberleistungsgesetzes (AG AsylbLG)